

Guten Abend ...

In der vergangenen Woche überschlugen sich die Ereignisse um die Abwasserentsorgung der Stadt Weißenfels. Letzten Montag konnten wir noch nicht ahnen, welche Aktivitäten im Hintergrund laufen.

Als Erstes soll angemerkt werden, dass der Oberbürgermeister der Stadt Weißenfels ohne Tagung des Verwaltungsrates der AÖR Tatsachen schafft, die maßgebliche Auswirkungen haben werden. Undemokratisch, die Mitglieder des Verwaltungsrates als Marionetten degradierend, wurden Absprachen mit den Ministerien Wirtschaft und Landwirtschaft getroffen und mit der heutigen Sitzung des Hauptausschusses soll ein „Letter of Intent“ auf den Weg gebracht werden, welches noch nicht einschätzbare Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger nach sich ziehen kann.

Was ist ein „Letter of Intent“? Zunächst eine Vereinbarung auf der Vorstufe von Vertragsverhandlungen, noch unverbindlich in weiten Teilen der Absprachen. Solche Vereinbarungen finden in der Regel bei Verkäufen, im IT-Bereich und bei Großobjekten statt. Juristische Probleme können dennoch auftreten, wenn sich ein Absprachepartner nicht an die Bedingungen des Lol hält.

Die Erweiterung der Kläranlage sowie des Baus der RÜB`s werden von dieser „Vorvereinbarung“ abhängig gemacht. Politische Erpressung im wahrsten Sinne des Wortes. Stadträte werden damit massiv unter Druck gesetzt. Wer nicht dafür ist, der schadet der Abwasserbeseitigung in Weißenfels. Wie verkehrt ist doch die Situation- die Ministerien und die Stadt haben einer Produktionserweiterung des Schlachtbetriebes stattgegeben, ohne vorher das Problem der Abwasseraufbereitung in den Griff zu bekommen und nicht

umgekehrt. Verantwortungslosigkeit und Lobby sind schuld am Desaster.

Ein Zusammengehen mit anderen Zweckverbänden ist nicht möglich, da Weißenfels eine AöR hat. Die Hinweise des Landesverwaltungsamtes Halle im September vergangenen Jahres wurden in den Wind geschlagen. Großkotzig wurde im Stadtrat verkündet, dass die angemahnten Probleme für Weißenfels keine Rolle spielen. Herr Rauner sagte ja: wir machen unsere Arbeit gut, kein Grund zur Sorge. Die Kommunalaufsicht in Naumburg wurde u.a. aufgefordert: „Darüber hinaus hat der Landkreis zu prüfen, ob mit der beabsichtigten Bildung der Anstalt öffentlichen Rechts der in der Genehmigungsverfügung des Landkreises vom 24.11.2011 geforderte leistungsfähige Aufgabenträger geschaffen werden kann.

Um aus der Sicht des LVwA erforderliche Zusammenarbeit des ZAW oder der Stadt Weißenfels mit anderen Leistungsträgern rechtssicher zu organisieren, sollte daher eine Übergangslösung vorgeschlagen werden.

Auch könnte der vorübergehende Fortbestand des ZAW Weißenfels zeitlich befristet geduldet werden, ...

..z.B. hat der ZAW Bad Dürrenberg seine Bereitschaft vorgetragen, die im Rahmen der in der KBS-Studie aufgezeigte Zusammenarbeit über eine Zweckvereinbarung zu organisieren.

Eine derartige Zweckvereinbarung könnte die Vorstufe zu einem späteren Zusammenschluss der Aufgabenträger sein und gegenwärtig bestehende Vorurteile bei den Mitgliedsgemeinden ausräumen.“

Der Trägerwechsel wurde vollzogen und alle anderen Möglichkeiten sind jetzt vorbei, passe´.

Die Stadt ist nicht in der Lage, das Abwasserproblem alleine in den Griff zu bekommen. Was heißt das? Wer soll ins Boot genommen werden?

Hatte nicht Stadtrat Rauner bereits konkrete Vorschläge im vergangenen Jahr in der Tasche. Heißen diese Vorschläge Privatisierung???

Die angenehmste Sache sei doch eine Abwasserkonzession. Der mögliche Konzessionär übernimmt alle Anlagen durch Pacht oder Kauf, er finanziert Neuanlagen, übernimmt die Betriebsführung und Personal und erhebt privatrechtliche Entgelte. Der Bürger-Abwasserkunde wird durch die Stadt mit einem Anschluss- und Benutzungszwang gebunden. Weiterhin bekommt die Stadt eine gute Summe Kaufpreiszahlung so um die 50 Millionen und die Sorge der Herstellungskostenbeiträge sind auch vom Tisch. Durch offenen Umsatzsteuerausweis erhält die Industrie weitere Standortvorteile. Ein Modell wie in Magdeburg- dem Sitz des Wirtschaftsministeriums. In erster Betrachtung sieht das Ganze gut aus, nur ist dann die Gewinnerzielung Mittelpunkt der Tätigkeit der Abwasserbetriebe und nicht die Daseinsfürsorge.

Ob solche Pläne bereits geschmiedet werden, können wir nicht wissen, denn Geheimhaltungsvereinbarungen sind ein sehr wesentlicher Bestandteil eines „Letter of Intent“ Deshalb gab es auch keine Diskussionen im Verwaltungsrat des AÖR zum Thema.

Alle Warnungen der BI bei der Diskussion um die Satzung des AÖR wurden durch die Mehrheit der Stadträte nicht beachtet. Ob Öffentlichkeit oder Verhinderung der Privatisierung- alles ging den Bach hinunter.

Am 2.April soll eine Bürgerversammlung stattfinden. Ein Thema: die Herstellungskostenbeiträge.

Auch hier keine Beratung im Verwaltungsrat des AÖR.

Gibt es denn in Weißenfels überhaupt noch demokratische Grundsätze oder befinden wir uns in einem Fürstentum mit Großfürst Risch auf dem roten Sessel?

Wir sollten am 2.April präsent sein !!!

Wir bleiben bei unseren Forderungen nach gerechten Beiträgen, der Beachtung des Vorteilsprinzips

Weiter gilt 70-30 für alle bisherigen Investitionen und 100 % für die LM Industrie mit Tönnies in der Hauptverantwortung!

Danke